



Bericht

der Landesregierung

Betriebliche Ausbildung in Schleswig-Holstein stärken – Prioritäten setzen

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD

Drucksache 16/209 (neu)

Federführend ist der Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

I. Vorbemerkung

Auf Antrag der Fraktionen von CDU und SPD (Drs. 16/209 neu) hat der Schleswig-Holsteinische Landtag in seiner 9. Sitzung am 2. September 2005 die Landesregierung gebeten, dem Landtag einen Bericht zur langfristigen Verbesserung der Ausbildungssituation zu geben.

Dabei sollen insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt werden:

1. Neue Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein:
 - Wie viele Ausbildungsakquisiteurinnen und Ausbildungsakquisiteure werben im laufenden Ausbildungsjahr bei Betrieben um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?
 - Wie erfolgreich ist ihre Tätigkeit bisher?
2. Erste Erkenntnisse über die Akzeptanz der neuen Instrumente und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung:
 - Wie werden die neuen Ausbildungsberufe von der Wirtschaft angenommen?
 - Wie werden die verkürzten Ausbildungsgänge angenommen?
 - Wie werden die Einstiegsqualifizierungen von der Wirtschaft angenommen?
 - Wird genutzt, dass die Pflicht zur Ausbildereignungsprüfung ausgesetzt ist?
3. Angebot und Nachfrage, Zukunftsfelder:
 - Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um ausbildungswillige Jugendliche und ausbildungsbereite Firmen zusammenzubringen?
 - Mit welchen Maßnahmen soll für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden?
 - In welcher Form werden durch die Schule, durch Betriebe und durch die Berufsberatung neue Ausbildungsberufe und zukunftsorientierte Berufsfelder bekannt gemacht und wie wird ihre Attraktivität für die Jugendlichen gesteigert?
4. Ausbildung im öffentlichen Dienst:
 - Beabsichtigt die Landesregierung, erneut zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?
 - In welchen Bereichen der Landesverwaltung bestehen derzeit zukunftsfähige Tätigkeitsfelder, in denen eine berufliche Ausbildung besonders attraktiv ist?
5. Schulische und betriebliche Zusammenarbeit, Ausbildungsfähigkeit:
 - Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Kooperationen von allgemein bildender Schule und Wirtschaft vor Ort zu stärken?
 - Welche der bisher eingeleiteten Maßnahmen in Bezug auf die Verbesserung in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik an Hauptschulen haben sich bisher als besonders erfolgreich herausgestellt und welche Rückmeldungen gab es hierzu aus den ausbildenden Betrieben?

- Gibt es Initiativen, die von Teilen der Wirtschaft beklagten Mängel von Jugendlichen im Bereich der sozialen Kompetenz auszugleichen?
- Welche besonderen Aktivitäten schlägt die Landesregierung zur Verbesserung der Ausbildungssituation von Hauptschülerinnen und Hauptschülern vor und wie soll die Wirtschaft motiviert werden, Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen besser zu berücksichtigen?

Der Bericht der Landesregierung wurde federführend vom Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr unter Beteiligung des Ministeriums für Bildung und Frauen erstellt. Außerdem wurden Beiträge der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit sowie der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern eingeholt.

II. Bericht

1. Neue Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein:

- **Wie viele Ausbildungsakquisiteurinnen und Ausbildungsakquisiteure werben im laufenden Ausbildungsjahr bei Betrieben um die Schaffung neuer Ausbildungsplätze?**
- **Wie erfolgreich ist ihre Tätigkeit bisher?**

Die Förderung von Ausbildungsplatzakquisiteurinnen und –akquisiteuren ist elementarer Bestandteil des „Sofortprogramms für mehr Ausbildung und Qualifizierung in Schleswig-Holsteins“ der Landesregierung. Derzeit unterstützt das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr siebzehn Personalstellen bei Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und anderen Trägern durch die Übernahme der Personalkosten. Sachkosten, hier insbesondere Reisekosten, werden von den Trägern aufgebracht. Die Förderung erfolgt aus dem Landesprogramm Arbeit für Schleswig-Holstein – ASH 2000 (ASH I 2).

Das Aufgabenspektrum der Akquisiteurinnen und Akquisiteure umfasst neben der Einwerbung von Ausbildungsplätzen die konkrete Vermittlung geeigneter Jugendlichen sowie die Akquirierung von Plätzen für die sog. Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) als einem Instrument des Nationalen Ausbildungspaktes.

Die Akquirierung von Ausbildungsplätzen ist daneben Daueraufgabe der Vermittlungs- und Beratungsfachkräfte der Bundesagentur für Arbeit und der Fallmanager bzw. Integrationsfachkräfte für die Kundengruppe der unter 25jährigen in den Arbeitsgemeinschaften. Darüber hinaus akquirieren die mit der Durchführung von berufsvorbereitenden Maßnahmen betrauten Bildungsträger Ausbildungsplätze, wobei die Einwerbung in der Regel zielgerichtet für die von ihnen betreuten Jugendlichen erfolgt.

Die im Rahmen des Sofortprogramms vom Land geförderten Akquisiteurinnen und Akquisiteure haben seit Jahresbeginn 2005 bis Ende September zu 8.200 Betrieben Kontakt aufgenommen. 3.850 Betriebe wurden persönlich aufgesucht. In diesem Zeitraum konnten über 1.300 Ausbildungsplätze für das laufende Ausbildungsjahr und fast 390 Plätze für 2006 sowie 900 EQJ-Plätze ak-

quirit werden. In 460 Fällen erfolgte eine konkrete Vermittlung auf einen eingeworbenen Platz.

Insbesondere mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung agieren viele Betriebe zurückhaltend bei der Entscheidung, einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. Die Zahlen belegen, dass die persönliche Ansprache der Betriebsinhaberinnen und -inhabern unumgänglich ist, um das in Schleswig-Holstein vorhandene Ausbildungspotential zu nutzen. Viele Betriebe können nur in einem persönlichen Gespräch vor Ort vom betrieblichen und gesellschaftspolitischen Nutzen der Ausbildung im eigenen Betrieb überzeugt werden.

Insgesamt haben die Anstrengungen aller Akteure des Ausbildungsmarktes dazu geführt, dass Schleswig-Holstein Ende August 2005 bei der Relation der unbesetzten Stellen zu den noch nicht vermittelten Bewerbern im Ländervergleich an der Spitze stand. Bei der Relation der gemeldeten Stellen zu gemeldeten Bewerbern lag Schleswig-Holstein hinter den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie dem Saarland auf dem 4. Rang.

2. Erste Erkenntnisse über die Akzeptanz der neuen Instrumente und Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung:

- **Wie werden die neuen Ausbildungsberufe von der Wirtschaft angenommen?**
- **Wie werden die verkürzten Ausbildungsgänge angenommen?**
- **Wie werden die Einstiegsqualifizierungen von der Wirtschaft angenommen?**
- **Wird genutzt, dass die Pflicht zur Ausbildereignungsprüfung ausgesetzt ist?**

Grundsätzlich entsprechen die neuen Ausbildungsberufe der Bedarfslage der Wirtschaft und stoßen daher auf gute Akzeptanz. Die Zahl der Ausbildungsverhältnisse korrespondiert mit den jeweiligen Betriebszahlen der entsprechenden Branche. Insofern wird in Schleswig-Holstein nicht in allen neuen Berufen ausgebildet. Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass neu entwickelte Berufe im Jahr der Einführung nur in geringem Maße aufgegriffen werden. Die Betriebe benötigen eine gewisse Vorlaufzeit für die Information und die Umstellung ihrer Ausbildungskapazitäten. Die Einführung neuer Berufe ist ein über zwei bis drei Jahre laufender Prozess.

Die modernisierten Ausbildungsberufe insbesondere im gewerblich-technischen Bereich (z.B. Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, Kfz-Mechatroniker, Elektroniker) werden von der Wirtschaft gut angenommen. Dennoch bleibt abzuwarten, wie insbesondere die Lehrlinge im Handwerk die gestiegenen theoretischen Anforderungen in diesen neuen Berufen bewältigen. Dies gilt umso mehr, als dass nach wie vor mehr als 60 % der Lehrlinge des Handwerks mit einem Hauptschulabschluss in die Berufsausbildung starten.

Wie wichtig eine zeitnahe Modernisierung der Ausbildungsordnungen ist, zeigt die Neuordnung des zweijährigen Berufs Verkäufer/-in, über die sich die Sozialpartner jahrzehntelang nicht einigen konnten und die unter Zurückstellung des Konsensprinzips zum 1. August 2004 in Kraft getreten ist. 2004 wurden mit 509 Verträgen etwa $\frac{1}{4}$ mehr Verträge abgeschlossen als 2003 bei einer gleichzeiti-

gen Steigerung im dreijährigen Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel um 10 %. So wurden nach der Modernisierung 210 Stellen zusätzlich in der Einzelhandelsausbildung in Schleswig-Holstein geschaffen.

Auch die in 2004 in Schleswig-Holstein begonnene Erprobung des zweijährigen Ausbildungsberufs Kfz-Servicemechaniker ist auf Anhieb auf große Resonanz gestoßen. In 2004 konnten in diesem Beruf, der bei erfolgreichem Abschluss den Durchstieg zum dreieinhalbjährigen Kfz-Mechatroniker ermöglicht, 60 zusätzliche Verträge abgeschlossen werden. Für den Ausbildungsbeginn in 2005 lagen Ende September bereits 77 Neuverträge vor. Das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr fördert die Erprobung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) im Rahmen des Arbeitsmarktprogramms ASH 2000 (ASH I 2).

Andererseits gibt es bei dem zweijährigen Beruf Fahrradmonteur/-in Akzeptanzprobleme, die aber auch den dreijährigen Beruf Zweiradmechaniker/-in betreffen. Über den neuen zweijährigen Beruf Änderungsschneider/-in lässt sich noch keine Einschätzung abgeben, da dieser erst zum 1. August 2005 erlassen wurde.

Die Einstiegsqualifizierungen Jugendlicher (EQJ) sind ein wichtiges und erfolgreiches neues Instrument, um Jugendlichen eine Brücke in die Ausbildung zu bauen. Sie sind auf die Vermittlung von Grundlagen einer Berufsausbildung ausgerichtet und bereiten in Form eines Langzeitpraktikums auf einen anerkannten Ausbildungsberuf vor. Sie bieten Jugendlichen mit schlechten Schulnoten die Chance, zu beweisen, dass sie in der Lage sind, eine Ausbildung durchzustehen. EQJ sollen für am Ende eines Vermittlungsjahres noch unversorgte Jugendliche genutzt werden.

Diese Qualifizierungsmaßnahmen stoßen seit Beginn ihrer Einführung in 2004 auf hohe Akzeptanz bei den Betrieben. Im letzten Ausbildungsjahr wurden 321 Verträge geschlossen. Für das laufende Ausbildungsjahr waren Ende September bei den Kammern bereits über 900 EQJ-Angebote der Betriebe registriert. Die Vermittlung in EQJ erfolgt im Rahmen der gemeinsam von den Agenturen für Arbeit und den Kammern durchgeführten Nachvermittlungen, wobei die Vermittlung in eine betriebliche Ausbildung Vorrang hat.

Die Übernahmequote in Ausbildung liegt nach den ersten Erfahrungen im Bereich der Industrie- und Handelskammern bei über 50 %, im Handwerk sogar bei 75% und ist damit deutlich höher als bei berufsvorbereitenden Maßnahmen.

Die vorübergehende Aussetzung der Ausbildereignungsverordnung und die damit entbehrliche Ausbildereignungsprüfung wirken sich nach den Erfahrungen der Kammern auf den Ausbildungsmarkt positiv aus. Hierdurch wird die Erschließung neuer Ausbildungsbetriebe erleichtert. Das gilt insbesondere für ausgelagerte Betriebseinheiten oder Betriebe mit Migrationshintergrund.

3. Angebot und Nachfrage, Zukunftsfelder:

- **Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um ausbildungswillige Jugendliche und ausbildungsbereite Firmen zusammenzubringen?**
- **Mit welchen Maßnahmen soll für die einzelnen Wirtschaftsbereiche ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage hergestellt werden?**

- **In welcher Form werden durch die Schule, durch Betriebe und durch die Berufsberatung neue Ausbildungsberufe und zukunftsorientierte Berufsfelder bekannt gemacht und wie wird ihre Attraktivität für die Jugendlichen gesteigert?**

Die Landesregierung hält eine intensive Vermittlungstätigkeit der Agenturen für Arbeit, der Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen nach wie vor für unerlässlich, um Jugendliche und ausbildungsbereite Firmen zusammenzubringen. Dies gilt umso mehr für benachteiligte Jugendliche. Die Vermittlungsaktivitäten der über das Sofortprogramm tätigen Akquisiteurinnen und Akquisiteure können hier nur flankierend wirken.

Wichtiges Instrument ist außerdem das Betriebspraktikum, das die Schülerinnen und Schüler mehrfach, zumeist in Blockform, aber zunehmend auch in Form wöchentlicher Praxistage, absolvieren. Diese verstärkte Praxisbegegnung gibt Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, den für sie geeigneten Ausbildungsberuf zu finden, und den Betrieben die Gelegenheit, geeignete Bewerberinnen und Bewerber über einen längeren Zeitraum kennen zu lernen. Zahlreiche dieser Praktika münden in einen regulären Ausbildungsvertrag.

Im Rahmen der Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen werden die Jugendlichen in die Lage versetzt werden, selbstständig mit den zumeist Internet gestützten Lehrstellenbörsen der Bundesagentur für Arbeit, der Kammern oder anderer Anbieter umzugehen. Zur besseren Transparenz für die Bewerberinnen und Bewerber sind alle Lehrstellenbörsen im Dachportal www.lehrstellen-sh.de verknüpft.

Zurzeit übersteigt die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen das Ausbildungsangebot in allen Wirtschaftsbereichen. Dennoch bleiben viele Ausbildungsplätze unbesetzt, weil die an die Bewerberinnen und Bewerber gestellten Anforderungen nicht erfüllt werden (können) oder weil einige Ausbildungsberufe für Jugendliche nicht attraktiv erscheinen.

Zum einen gilt es, das in den schleswig-holsteinischen Betrieben vorhandene Ausbildungspotential voll auszuschöpfen. Das geschieht u. a. durch die verstärkten Akquirierungsbemühungen im Rahmen des Sofortprogramms.

Zum anderen müssen die Vermittlungsbemühungen für die unversorgten Jugendlichen intensiv fortgesetzt werden. Das geschieht durch die gemeinsam von Agenturen für Arbeit, Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern durchgeführten Nachvermittlungen, die bis in das nächste Kalenderjahr andauern werden.

Einige Ausbildungsberufe, beispielsweise Berufe aus dem Nahrungsmittelhandwerk, leiden zu Unrecht unter einem eher negativen Ansehen, welches letztlich dazu führt, dass viele Ausbildungsplatzangebote ungenutzt bleiben. In diesem Zusammenhang ist notwendig, Bewerbern rechtzeitig und umfassend aufzuzeigen, dass neben dem Wunschberuf immer auch andere Alternativen in Betracht gezogen werden sollten.

In den allgemein bildenden Schulen werden im Rahmen der Berufsorientierung zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Jugendlichen einen Überblick über die vielfältigen Berufsmöglichkeiten zu geben, damit sie ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen entsprechende Ausbildungsberufe kennen lernen. Die Schulen kooperieren mit den Beratungsfachkräften der Agenturen für Arbeit,

nutzen Berufsinformationsmessen, wie z. B. die nordjob der Industrie- und Handelskammern, oder kooperieren in Form von Partnerschaften oder Partnerschaften eng mit ausbildenden Unternehmen der Region.

Mit der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit beabsichtigt das Ministerium für Bildung und Frauen den Abschluss einer Vereinbarung über eine enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung einschließlich der Möglichkeit zur Vermittlung in Ausbildungsplätze.

Die Beratungsfachkräfte der Arbeitsagenturen informieren in den Schulen und in individuellen Beratungsgesprächen über sehr verschiedenartige Berufe und darin enthaltene Ausbildungschancen und über neue Berufe. Die Schriften der Berufsberatung, die über die Schulen an alle Schülerinnen und Schüler verteilt werden, bereiten das Thema medial auf. In den Berufsinformationszentren der Agenturen für Arbeit werden die neue Berufe in Schriften und Videofilmen bekannt gemacht; im Internet (Berufe-Net) wird als Standardangebot eine Sonderinformation zu neuen Berufen vorgehalten.

Die Attraktivität der Berufe hängt u. a. ab von den Arbeitsmarktchancen, z. B. Übernahmechancen nach der Ausbildung, von der Ausbildungsvergütung, von Imagefaktoren und davon, ob die Berufsschule wohnortnah angeboten werden kann. Die Wirtschaftsverbände sind kontinuierlich bemüht, die Attraktivität der von ihnen vertretenen Berufe herauszustellen und für eine Ausbildung in diesen Berufen zu werben.

Die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern beteiligen sich an den zahlreichen Informationsveranstaltungen mit regionaler und überregionaler Ausrichtung oder richten selbst Berufsinformationsmessen aus. Damit tragen sie neben Schulen und Arbeitsagenturen zur Information der Jugendlichen bei.

Darüber hinaus werden in den Bildungsstätten der Handwerkskammern Werkstattwochen für Schulklassen allgemein bildender Schulen zur besseren Berufsorientierung auch in neuen Ausbildungsberufen regelmäßig durchgeführt. Generell werden daneben Ausbildungsbetriebe durch Informationsschreiben auf neue Ausbildungsberufe hingewiesen, insbesondere auch vor dem Hintergrund sich ändernder betrieblicher Ausbildung.

4. Ausbildung im öffentlichen Dienst:

- **Beabsichtigt die Landesregierung, erneut zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen?**
- **In welchen Bereichen der Landesverwaltung bestehen derzeit zukunftsfähige Tätigkeitsfelder, in denen eine berufliche Ausbildung besonders attraktiv ist?**

In 2004 hat die Landesverwaltung in den Laufbahnen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes sowie in Kammerberufen 1.837 neu in Ausbildung eingestellten jungen Menschen eine berufliche Perspektive eröffnet. Grundsätzlich muss sich jedoch auch die Landesverwaltung bei der Einstellung von Auszubildenden von dem tatsächlichen Bedarf leiten lassen. Gleichwohl steht die Landesregierung zu ihrer im Bündnis für Ausbildung eingegangenen Verpflichtung, mit gutem Beispiel voranzugehen und in geeigneten Bereichen das eigene Ausbildungspotential auszuschöpfen.

Ziel dabei ist, verstärkt in dualen Berufen auszubilden, um den jungen Menschen Beschäftigungschancen auch außerhalb der Verwaltung zu ermöglichen. Dabei kommen folgende Berufe in Frage: IT-Berufe, Laborberufe, Fachkraft für Bürokommunikation und andere Berufe, in denen bereits in der Landesverwaltung ausgebildet wird und die gute Perspektiven für eine Anschlussbeschäftigung in der Wirtschaft bieten.

- 5. Schulische und betriebliche Zusammenarbeit, Ausbildungsfähigkeit:**
- **Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, Kooperationen von allgemeinbildender Schule und Wirtschaft vor Ort zu stärken?**
 - **Welche der bisher eingeleiteten Maßnahmen in Bezug auf die Verbesserung in den Hauptfächern Deutsch und Mathematik an Hauptschulen haben sich bisher als besonders erfolgreich herausgestellt und welche Rückmeldungen gab es hierzu aus den ausbildenden Betrieben?**
 - **Gibt es Initiativen, die von Teilen der Wirtschaft beklagten Mängel von Jugendlichen im Bereich der sozialen Kompetenz auszugleichen?**
 - **Welche besonderen Aktivitäten schlägt die Landesregierung zur Verbesserung der Ausbildungssituation von Hauptschülerinnen und Hauptschülern vor und wie soll die Wirtschaft motiviert werden, Hauptschülerinnen und Hauptschüler bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen besser zu berücksichtigen?**

Die Schulen haben eigene Beauftragte für Berufsorientierung benannt, die sich um die Verbesserung der Zusammenarbeit Betrieb - Schule auf regionaler Ebene kümmern. Dort wo es möglich ist, übernehmen Wirtschaftsbetriebe Patenschaften für Schulen, indem sie Werkstätten, Praxisplätze für Schüler und Lehrkräfte und Ausbildungsplätze bereitstellen sowie ihre Experten in den Unterricht der Schulen entsenden.

Die Landesregierung unterstützt darüber hinaus die Kammern und die Arbeitskreise Schule - Wirtschaft, die ihrerseits die Kooperation von Schulen und Betrieben fördern. Eine Koordinierungsstelle soll die Kooperation Schule - Wirtschaft weiter intensivieren helfen. Lehrerbetriebspraktika und Führungskräftepraktika in Betrieben fördern diese Zielsetzung ebenfalls.

Seit dem 1.8.2004 sind am Ende des 9. Schuljahres abschließende Leistungsnachweise ("Prüfung") in den Fächern Deutsch, Mathematik und Englisch Pflicht. Diese Anforderung hat sich motivierend auf Schülerinnen und Schüler ausgewirkt. Hierzu hat es bisher von den Schulen nur positive Rückmeldungen gegeben. Eine besondere Aktivität hat die Projektarbeit in Schulen ausgelöst. Für dieses neue Element in einer Abschlussprüfung mussten Schulen sich umfassend vorbereiten. Die Diskussion um Form und Inhalte hat der Umsetzung von themenorientiertem, fächerübergreifendem Unterricht neue Impulse gegeben. Rückmeldungen von ausbildenden Betrieben liegen zurzeit noch nicht vor.

Seit Anfang 2005 wird in Schleswig-Holstein ein System aufgebaut, das Schülerinnen und Schülern der Förderschulen und Hauptschulen im 8. Schuljahr ein Angebot machen soll, an einer Potenzialanalyse teilzunehmen. Durch die am 16. September 2005 zwischen dem Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa und dem Ministerium für Bildung und Frauen geschlossene Kooperationsvereinbarung zur Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendauf-

bauwerk Schleswig-Holstein wurde dieses Vorhaben dynamisiert. Finanziert wird das Projekt, das sich im ersten Schritt auf die Ausbildung von Trainerinnen und Trainern richtet, mit Mitteln des ESF und des Landes aus ASH 2000 (ASH J 7). Die Implementierung an Schulen soll durch Mittel des Schleswig-Holstein-Fonds auf der Basis der Richtlinie ASH J 2 unterstützt werden.

Dieses auf die Feststellung von Stärken ausgelegte Instrument gibt den Schülerinnen und Schülern Rückmeldung über ihre methodischen, sozialen und persönlichen Kompetenzen. Die Ergebnisse der Potenzialanalyse sind Bestandteil des Berufswahlpasses. Dieser wird seit dem 1.8.05 flächendeckend in den Hauptschulen eingeführt. So wird der Assessmentbericht mit in das Bewerbungsverfahren um Ausbildungsplätze eingebracht.

Der Berufswahlpass ist ein didaktisch-methodisches Instrument zur Förderung selbstorganisierten und selbstverantwortlichen Lernens im Bereich der Berufsorientierung.

Er soll

- Anlass für die Schule sein, ihr internes Berufsorientierungscurriculum zu formulieren,
- Unterlage zur Unterstützung des beruflichen Entscheidungsprozesses sein,
- den eigenen Weg der Jugendlichen bei der Vorbereitung ihrer Berufswahl dokumentieren.

Der Berufswahlpass ist nicht nur für die Schülerinnen und Schüler von Bedeutung. Er ist auch eine wichtige Hilfe für Eltern, Schule und für Berufsberatung, Ausbildungsbetriebe und weiterführende Schulen oder sonstige Bildungsträger.

III. Fazit

Die Ausbildungssituation wird zurzeit und auch zukünftig bestimmt von einem weiteren Anstieg der Schulabgängerzahlen. Das Ministerium für Bildung und Frauen erwartet in 2006 eine weitere Steigerung der Schulabgängerinnen und –abgänger aus den allgemein bildenden Schulen um über 1.200 auf 33.000. In 2007 wird mit 33.300 Schulentlassenen der Höhepunkt erreicht sein. Allerdings sinkt die Zahl erst in 2014 unter 32.000 und erreicht damit das Niveau von 2005.

Insgesamt sieht die Landesregierung die langfristige Verbesserung der Ausbildungssituation als eine gemeinsame Aufgabe aller am Ausbildungsmarkt Beteiligten. Das „Bündnis für Ausbildung“ ist ein wichtiges Instrument, um dieser gemeinsamen Aufgabe nachzukommen. Das Bündnis hilft, den Stellenwert der betrieblichen Ausbildung als Qualifizierungs- und damit als Zukunftsperspektive für die Jugendlichen in unserem Land zu unterstreichen. Die zwischen den Bündnispartnern vereinbarten Maßnahmen tragen maßgeblich zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation bei. Als Maßnahme der Landesregierung ist beispielsweise das Sofortprogramm mit den Elementen

- Förderung von Ausbildungsplatzakquisiteuren,
- Förderung der betrieblichen Ausbildung für benachteiligte Jugendliche und
- Bereitstellung zusätzlicher Plätze in den berufsbildenden Schulen

hervorzuheben.

Um eine langfristige Verbesserung des Ausbildungsangebots zu erreichen, hält die Landesregierung eine Fortsetzung der erfolgreichen Maßnahmen des Sofortprogramms über 2005 hinaus für unumgänglich. Die Landesregierung wird diese und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation im „Aktionsprogramm Ausbildung“ in der Nachfolge des Sofortprogramms zusammenführen.

Sorge bereiten der Landesregierung die Ausbildungschancen der Jugendlichen, denen durch die Modernisierung von Ausbildungsberufen und den damit häufig einhergehenden steigenden Anforderungen der Zugang erschwert wird. Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass auf Bundesebene weitere zweijährige Ausbildungsberufe konzipiert werden, die einen Durchstieg in die reguläre drei- bzw. dreieinhalbjährige Ausbildung ermöglichen. Erfolgreiche Modelle, wie das in Schleswig-Holstein im Kfz-Bereich erprobte Modell des Kfz-Servicemechanikers, sind hier richtungweisend.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Auswirkungen der demographischen Entwicklung mittel- bis langfristig zu einer Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt führen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hält die Landesregierung eine intensive Unterstützung von Maßnahmen, die zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation führen, für erforderlich.